

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Band: 13 (1921)

Heft: 6

Rubrik: Aus schweizerischen Verbänden

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der deutsche und der polnische Gewerkschaftsbund werden zur Beruhigung der Arbeiterbevölkerung in Oberschlesien einen gemeinsamen Aufruf erlassen. Der Vorstand sprach sich entschieden gegen den dort herrschenden Terror aus. Die Propaganda unter den Gewerkschaften in Nord- und Südamerika, Britisch Indien, Japan und Australien soll kräftig an die Hand genommen werden.

Der nächste ordentliche Internationale Gewerkschaftskongress soll am 28. November und folgende Tage stattfinden. Der Kongressort wird noch bestimmt.

Im Hinblick auf gewisse Versuche von Regierungen, den Artikel 393 des Friedensvertrages, der die massgebenden Gewerkschaftsorganisationen eines Landes als Träger der Mandate zu den internationalen Arbeitskonferenzen betrachtet, so auszulegen, dass die Mandate auch Minderheitsgruppen übertragen werden können, wurde das Bureau beauftragt, mit dem Internationalen Arbeitsamt zu unterhandeln, um die Vertretungen zu sichern. Sollte dieser Schritt erfolglos bleiben, so wären daraus die Konsequenzen zu ziehen.



Gustav Müller †.

Die organisierte Arbeiterschaft der Schweiz hat durch den Tod des Genossen Gustav Müller, zurzeit Vizepräsident des Nationalrates, der am 24. Mai im Alter von 61 Jahren einem schweren Unfall erlag, einen grossen Verlust erlitten.

Gustav Müller entstammte zwar nicht dem Arbeiterstande und war infolgedessen auch nicht Gewerkschafter. Er erwarb sich aber als Intellektueller das volle Vertrauen der Arbeiterschaft. Sein Eintritt in die Partei geschah vor rund 30 Jahren aus Ueberzeugung für die politischen und wirtschaftlichen Ziele der Arbeiterschaft. In Gemeinde, Kanton und Bund hat er mit Geschick, Zähigkeit und grosser Energie neben den Zielen der sozialdemokratischen Partei auch die Bestrebungen der Gewerkschaften verfochten. Gustav Müller war aber auch ein Charakter, der unbeirrt um Tagesmeinungen seinen Weg ging. Er blieb immer auf dem Boden der Wirklichkeit und bahnte so durch praktische Arbeit dem Sozialismus den Weg. Auch wer mit seinen Auffassungen nicht einig ging, konnte sich der Achtung vor der Lauterkeit seiner Gesinnung nicht entziehen.

Gustav Müller wird der schweizerischen sozialdemokratischen Partei in dieser Zeit der Gärung sehr fehlen. Die gesamte Arbeiterschaft wird ihn in ehrendem Andenken behalten.



Aus schweizerischen Verbänden.

Eisenbahner. Der Verband des Personals schweiz. Privatbahnen und Dampfschiffgesellschaften veröffentlicht soeben seinen Bericht über das Jahr 1920.

Der V. P. P. D., der Ende 1919 53 Sektionen mit 3872 Mitgliedern zählte, hat durch die Fusion mit der Union Romande des Employés de Tramways einen bemerkenswerten Zuwachs erhalten, und zählt heute bei 6000 Mitglieder.

Eine wichtige Errungenschaft für die Verbandsmitglieder bedeutet die Annahme des Arbeitszeitgesetzes für die Transportanstalten, die einer eigentlichen Sanktionierung des Achtstundentages gleichkommt. Die Kampfbereitschaft der Eisenbahner fand ihren Ausdruck in dem Beschluss, einen Kampffonds zu schaffen, ein Beschluss, der anfänglich mit gemischten Gefühlen

aufgenommen, später aber von der Delegiertenversammlung mit grossem Mehr angenommen wurde.

Die Totalerinnahmen betragen im Berichtsjahre 75,057 Fr., die Totalausgaben 67,723 Fr., das Reinvermögen belief sich Ende 1920 auf 11,105 Fr.

Gemeinde- und Staatsarbeiter. Dem soeben im Umfang von 140 Seiten erschienenen Bericht des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes für das Jahr 1920 entnehmen wir die folgenden Angaben:

Die Zahl der Mitglieder hat sich von 7765 auf 10,229 erhöht, davon sind 459 Frauen. Die Erhöhung erklärt sich in erster Linie aus dem Uebertritt der Strassenbahner.

Die Einnahmen der Zentralkasse betragen 209,325 Franken (davon aus Beiträgen 111,292 Fr.); die Ausgaben betragen 179,905 Fr. (für das Verbandsorgan 32,097 Fr., für Drucksachen 11,832 Fr., Beiträge für Bauarbeiter 50,837 Fr., für Verwaltung 34,308 Fr.).

Die Einnahmen der Sterbekasse beliefen sich auf 65,257 Fr., die Ausgaben auf 21,629 Fr.

Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug Ende Dezember 1920 179,032 Fr.

Heizer und Maschinisten. Vom 26. April bis 5. Mai 1921 wurde die Urabstimmung über die folgenden zwei Fragen durchgeführt: 1. Wollt ihr die Auflösung des genossenschaftlichen Verbandes und sofortige Neugründung eines Verbandes gemäss den einschlägigen Artikeln des zweiten Abschnittes des schweizerischen Zivilgesetzbuches? 2. Wollt ihr die Abtrennung der Sterbekasse von der Fachorganisation und die Verbandsbehörden beauftragen, unter Vorbehalt der Urabstimmung mit schweiz. Versicherungsanstalten diesbezügliche Verhandlungen zu pflegen?

Die Urabstimmung über Frage 1 ergab 1393 Ja und 694 Nein; 605 Stimmzettel fehlten oder waren leer oder ungültig. Bei Frage 2 wurden abgegeben 1010 Ja und 993 Nein; die Zahl der fehlenden, leeren oder ungültigen Stimmzettel betrug 617. Die Durchführung des ersten Antrages erforderte eine Vierfünftelmehrheit, die des zweiten eine einfache Mehrheit.

Metall- und Uhrenarbeiter. Das eidg. Arbeitsamt unterbreitete den Parteien einen Verständigungsvorschlag im Konflikt der Maschinenindustriellen mit ihren Arbeitern, wonach den Arbeitern die Hälfte der bisherigen Teuerungszulage abgezogen werden sollte. Der Zentralvorstand unterbreitete den Vorschlag einer Urabstimmung, wobei er gleichzeitig für den Fall der Ablehnung die Frage stellte, ob die Mitglieder evtl. mit der Niederlegung der Arbeit einverstanden seien.

Der Verständigungsvorschlag wurde mit 4347 gegen 5882 Stimmen, der Streik mit 3639 gegen 5955 Stimmen abgelehnt. Leer und ungültig waren im ersten Fall 803 Stimmen, im zweiten Fall 1438 Stimmen. Die Beteiligung an der Abstimmung war schwach. Die Situation ist ziemlich kritisch, da die Möglichkeit besteht, dass einzelne Unternehmer die für sie günstige Situation rücksichtslos ausnützen.

Typographenbund. Soeben erscheint im stattlichen Umfang von 146 Seiten der Jahresbericht des Schweiz. Typographenbundes für das Jahr 1920. Wir entnehmen ihm folgende Angaben:

Am 1. Januar 1920 zählte der Verband 5154 Mitglieder. Der Zuwachs betrug 1521 Personen (321 Neuaufnahmen, 1200 durch Zureise); der Abgang betrug 1270 (93 Austritte, 21 durch Ausschluss, 1112 durch Abreise und 44 durch Todesfall). Am 31. Dezember 1920 belief sich die Mitgliederzahl auf 5405.

Die Einnahmen der allgemeinen Kasse betragen 526,386 Fr. (272,218 Fr. aus gewöhnlichen Beiträgen und 31,151 Fr. aus Extrabeiträgen); die Ausgaben betragen 440,718 Fr. (Arbeitslosenunterstützung 102,531 Fr., Mass-

regelungs- und Streikunterstützung 88,234 Fr., Verbandsorgane 60,921 Fr., Verwaltung 35,140 Fr.).

Das Verbandsvermögen belief sich bei Abschluss des Berichtsjahres auf 572,259 Fr.

Die Einnahmen der Kranken-, Invaliden- und Sterbekasse betragen 865,580 Fr., die Ausgaben 767,858 Fr.; das Vermögen hat sich um 183,259 Fr. auf 1,233,649 Fr. vermehrt.

Arbeiterunion Luzern. Soeben ist der Bericht für das Jahr 1920 erschienen, der einen interessanten Einblick in die gewerkschaftlichen und politischen Verhältnisse Luzerns gewährt. Trotz der meist gedrückten Wirtschaftslage wurden zahlreiche gewerkschaftliche Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen durchgeführt. Am Schlusse des Jahres betrug die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften 24 mit ca. 4100 Mitgliedern.

Auch auf politischem Gebiet ist die Entwicklung eine erfreuliche. Auch der Hausstreit in der sozialdemokratischen Partei und die nachfolgende Parteispaltung haben die Reihen der luzernischen Genossen nicht geschwächt. Am Schlusse des Jahres waren 13 Parteisektionen mit 1400 Mitgliedern dem Sekretariat angeschlossen.

Die Rechtsauskunftsstelle erteilte im Berichtsjahre an 1488 Personen 2236 Auskünfte. Von den Auskunftsuchenden waren organisiert 680, unorganisiert 808; 1308 waren Schweizer, 108 Ausländer.

Zürcher Oberland. (Sekretariat.) Dem soeben erschienenen Bericht für das Jahr 1920 entnehmen wir die folgenden Angaben: Zu Beginn des Jahres waren dem Sekretariat angeschlossen 30 Sektionen mit 2961 Mitgliedern, Ende des Jahres 28 Sektionen mit 3269 Mitgliedern. Die Einnahmen betragen vom 1. Juli 1919 bis 31. Dezember 1920 39,013 Fr. (davon aus Beiträgen 16,250 Franken und aus Subventionen 13,350 Fr.); die Ausgaben beliefen sich auf 34,606 Fr. Das Vermögen betrug Ende 1920 6297 Fr.

Die Rechtsauskunftsstelle wurde im Berichtsjahre von 6011 Klienten in Anspruch genommen. Davon waren 4104 Männer und 1907 Frauen; 5509 waren Schweizer und 502 Ausländer; organisiert waren 3696, unorganisiert 2315. Von den 14,087 Audienzen betrafen 13,406 das Zivilrecht und 681 das Strafrecht. Die Summe der vermittelten Gelder betrug 77,989 Fr.



Gewerkschaftliche Delegiertenversammlungen.

Auch dieses Jahr hielt eine ganze Anzahl von Verbänden um die Pfingstzeit ihre Delegiertenversammlungen ab, die zum Teil sehr wichtige Traktanden zu behandeln hatten.

Zu Pfingsten versammelten sich in *Interlaken* die Delegierten des *Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes*. 50 Sektionen waren durch 96 Delegierte vertreten; 10 Sektionen hatten keine Vertreter entsandt.

Jahresbericht und Jahresrechnung wurden genehmigt. Die Teilnahme an der Trimbacher Konferenz, die durch einen Teil der Delegierten einer scharfen Kritik unterzogen wurde, wurde schliesslich mit 46 gegen 41 Stimmen sanktioniert. Der Beitritt zum Internationalen Staatsarbeiterverband wurde ohne Opposition gutgeheissen. Der bis dahin bezahlte Beitrag von 15 Cts. für den Kampffonds wird vom 1. Juli an für den Zeitraum von zwei Jahren verdoppelt. Der Kongress beschloss mit grosser Mehrheit, diesen Entschluss *nicht* der Urabstimmung zu unterbreiten. Nach lebhafter Diskussion wurde mit 56 gegen 37 Stimmen beschlossen, den Vortritt in Zürich zu belassen. Auch die Wiederwahl der Sekretäre gab zu heftiger Kritik Anlass, insbesondere

die tendenziöse Redigierung des Verbandsorgans durch den Sekretär Eichenberger. Rob. Hurni wurde provisorisch für die Dauer von zwei Jahren als romanischer Verbandssekretär gewählt. Der Beitritt zur Moskauer Internationale wurde mit 57 gegen 23 Stimmen verworfen. Auch die Entsendung einer Delegation an den Moskauer Kongress wurde vom Verbandstag mehrheitlich abgelehnt.

Der *schweizerische Handsticker-Verband* versammelte sich am 8. Mai in St. Gallen. Der Jahresbericht und der Bericht der Rechnungsprüfungskommission wurden verdankt und genehmigt. Der Zentralvorstand wurde wie folgt bestellt: Marti (Waldstatt), Präsident; Vogel (Mogelsberg), Tobler (Lutzenberg), Sonderegger (Speicher), Keller (Degersheim), Klee (Wald) und Solenthaler (Walzenhausen). Der Ausschuss wurde bestätigt, Sekretär Tobler wiedergewählt. Der Statutenentwurf des Zentralvorstandes wurde mit wenigen Abänderungen gutgeheissen. Die Versammlung erhob energisch Protest gegen die Tendenz einiger Kantonsregierungen, die Arbeitslosenunterstützungen zu reduzieren.

Der *Lederarbeiterverband* tagte, 70 Mann stark, in Bern. Es wurde beschlossen, dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund die Einberufung eines ausserordentlichen Gewerkschaftskongresses zu beantragen. Die Zustimmung des Zentralvorstandes zur «Einheitsfront» wurde mit grosser Mehrheit sanktioniert. Die Wochenbeiträge sollen für die drei Beitragsklassen 50, 80 und 100 Cts. betragen; doch sollen die Erhöhungen erst in Kraft treten, wenn bessere wirtschaftliche Verhältnisse eingetreten sind. Mit 63 gegen 11 Stimmen wurde beschlossen, dem nächsten Gewerkschaftskongress und der internat. Schuh- und Lederarbeiterkonferenz den Beitritt zur Moskauer Gewerkschaftsinternationale zu beantragen.

Der *Verband des Stickereipersonals* tagte, ebenfalls am 8. Mai, in Herisau. Der Jahresbericht und der Kassen- und Revisorenbericht wurden genehmigt, ebenso die Anträge betr. Festsetzung der Gehälter der Verbandsfunktionäre. Die Erhöhung der Mitgliederzahl des Zentralvorstandes wurde abgelehnt. Die im Zentralvorstand verbleibenden Mitglieder wurden einstimmig bestätigt, Oskar Meier als Zentralpräsident mit Akklamation wiedergewählt. Betreffend der vom Zentralvorstand beantragten teilweisen Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung wurde in dem Sinne beschlossen, dass vom 1. Juni an ein ausserordentliches Reglement in Kraft treten soll. Dem im Kampfe stehenden Stickereipersonal des Vorarlbergs wurde durch ein Telegramm die vollste moralische und finanzielle Unterstützung zugesichert.

Der *Telephon- und Telegraphenarbeiter-Verband* hielt am 8. Mai in Bern die ordentliche Delegiertenversammlung ab. Von den 39 Verbandssektionen waren 37 mit 53 Delegierten vertreten. Jahresbericht, Jahresrechnung und Revisorenberichte wurden genehmigt. Mit 167 gegen 9 Stimmen beschloss der Verbandstag eine Erhöhung der Monatsbeiträge von Fr. 2.— auf Fr. 2.50. Die neuen Verbandsstatuten und die Reglemente für Rechtsschutz und Widerstandskasse wurden einstimmig angenommen. Als Vorortssektion wurde Bern bestätigt, als Verbandssekretär Genosse Brotschy einstimmig wiedergewählt.

Arbeiterunion Schweizerischer Transportanstalten. Am 21. und 22. Mai versammelten sich in Luzern die Delegierten der *A. U. S. T.*, des grössten Unterverbandes des *S. E. V.* 78 Sektionen waren durch 203 Delegierte vertreten. Jahresbericht und -rechnungen wurden genehmigt. Zu langen Auseinandersetzungen gaben die Fragen der Taktik Anlass. Der Antrag, eine Delegation nach Moskau zu entsenden wurde mit 107 gegen 33, die